

**Antrag: .....1155 /2024 für den Mainzer Stadtrat, am Mittwoch, 4. September 2024**

### **Antrag zur aktuellen Lage des städtischen Haushalts (FREIE WÄHLER)**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat offenzulegen, seit wann die zuletzt mit dem Schreiben der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes Rheinland-Pfalz (ADD) vom 5. August 2024 offen gelegten aktuellen Prognosedaten zur finanziellen Lage der Stadtfinanzen vorlagen, warum diese nicht zeitnah weitergegeben wurden bzw. ob diese Weitergabe ggf. behindert wurde.
2. Die Verwaltung wird zudem gebeten zu informieren, welche kompensierenden Ausgabenreduzierungen und Einnahmensteigerungen durch die intransparente finanzielle Situation nicht in Angriff genommen wurden und welche Zuwendungen der Stadt dadurch entgangen sind.
3. Der Stadtrat bittet im Sinne der größtmöglichen Transparenz um eine Liste der vom Stadtvorstand priorisierten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, aufgeschlüsselt nach Erträgen, freiwilligen Leistungen, Pflichtaufgaben und Investitionen.
4. Der Stadtrat bittet die Verwaltung, Maßnahmen aufzuzeigen und zu ergreifen, die darauf abzielen, dem durch die Verstöße gegen das Haushaltsrecht ausgelösten erheblichen Vertrauensverlust gegenüber Verwaltung und Kommunalpolitik entgegenzuwirken und für die Zukunft zu vermeiden.

### **Begründung:**

Die ADD hat den Beschluss des Mainzer Stadtrates über die 3. Nachtragshaushaltssatzung 2023/2024 und den dazugehörigen 2. Nachtragshaushaltsplan 2023/2024 global beanstandet. Sie stellt in ihrer Begründung u.a. eklatante Verstöße gegen das Gebot der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung und das Gebot des Haushaltsausgleichs fest, sieht die Haushaltsplanung nicht im Einklang mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft. Die ADD geht nach den aktuellen Haushaltsprognosen davon aus, dass ohne ein unverzügliches Eingreifen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen das städt. Eigenkapital schon ab 2023 kontinuierlich in außerordentlich hohem Maß abnimmt. So wurde dem Stadtrat nur drei Tage vor der Kommunalwahl ein Nachtragshaushalt 2024 zur Entscheidung vorgelegt, der der tatsächlichen finanziellen Situation der Stadt in keiner Weise entsprach und daher von der ADD zu Recht beanstandet wurde. Insbesondere die fehlende Fortschreibung des durch die deutliche Ergebnisverschlechterung massiv beeinträchtigten Haushaltsjahrs 2024 suggerierte zum Ende des Jahres 2026 einen um rd. 452 Mio. € höheren Eigenkapitalwert, als er den aktuellen Prognosen entspricht. Darüber hinaus muss die Stadt Mainz bereits jetzt wieder Liquiditätskredite zur Finanzierung laufender Auszahlungen aufnehmen und verfügt über keinerlei finanzielle Reserven für ungeplante Ereignisse und Maßnahmen. Die Stadtverwaltung hat diese Rechtsverletzungen gegenüber der ADD bereits eingeräumt. Bereits jetzt ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht mehr gegeben.

Erwin Stufler  
Fraktionsvorsitzender  
Freie Wähler Stadtratsfraktion